Michaela Kreyenfeld & Esther Geisler

Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland

Mothers' Employment in East and West Germany

Zusammenfassung
Auf Basis der Daten des Mikrozensus aus den Jahren 1991, 1996 und 2002 gibt dieser Artikel einen Überblick über das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern in Ost- und Westdeutschland. Neben der Frage der Ost-West-Angleichung stehen bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten im Vordergrund der Analyse.

Schlagworte: Frauenerwerbstätigkeit, Mikrozensus, ILO-Erwerbskonzept

Abstract
This article provides an overview on the labor force behavior of women with children in East and West Germany using data from the German Microcensus of the years 1991, 1996 and 2002. Besides the question of an East-West-convergence of behavior, we investigate educational differences in mothers' employment behavior.

Keywords: Female employment, microcensus, ILO-labor force concept

1 Einleitung

Ähnlich wie in anderen ehemals sozialistischen Ländern gehörte eine hohe Frauenerwerbsquote zu den expliziten Zielen der Sozialpolitik der DDR, die durch umfassende Maßnahmen nicht nur gefördert, sondern auch gefordert wurde. Im Gegensatz dazu gelten die sozialpolitischen Rahmenbedingungen der BRD als „familialistisch", d.h. sie zielen weniger auf die Vereinbarkeit von Kind und Beruf, sondern fördern vielmehr die Pflege- und Betreuungsarbeit in der Familie (Gauthier 1996; Gornick, Meyers und Ross 1998; Esping-Andersen 1999; Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001; Leitner, Ostner und Schratzenstaller 2004).

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die politischen und ökonomischen Institutionen der DDR durch das System der BRD ersetzt. Während in der DDR die Vollzeiterwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern eine Selbstverständlichkeit darstellte, bieten die neuen sozialpolitischen Rahmenbedingungen größere Handlungsspielräume. Der (Teil-)Rückzug aus dem Arbeitsmarkt, um sich der Betreuung der Kinder zu widmen, ist nun durch die im internationalen Vergleich groß-

https://doi.org/10.20377/jfr-299

zügige Förderung des „Hausfrauenmodells“ möglich. Vor diesem Hintergrund ist nicht nur mit einer Annäherung der ostdeutschen an die westdeutschen Erwerbsmuster zu rechnen, auch sollten die sozialstrukturellen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung im Laufe der Zeit zugenommen haben. Zum einen schließt die Arbeitsmarktentwicklung verstärkt schlecht qualifizierte Frauen aus dem primären Arbeitsmarkt aus. Zum anderen setzen die familien- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland die niedrigsten Erwerbsanreize für schlecht qualifizierte Frauen.

Ziel dieses Artikels ist es, einen Überblick über die Entwicklung des Erwerbsverhaltens von Müttern in Ost- und Westdeutschland zu geben. Der Artikel ist in vier Teile gegliedert. In Teil 2 leiten wir unsere wesentlichen Forschungshypothesen her. Teil 3 beinhaltet einen deskriptiven Überblick über das Erwerbsverhalten von Müttern in den Jahren 1991 bis 2002. Als Datenbasis dient der Mikrozensus. In diesem Teil diskutieren wir das standardmäßig verwendete ILO-Erwerbskonzept und schlagen ein „erweitertes Konzept“ vor, das geeigneter erscheint, das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern abzubilden. In Abschnitt 4 stellen wir die Ergebnisse eines multinomialen logistischen Regressionsmodells zu den sozialstrukturellen Determinanten der Erwerbstätigkeit vor.

2 Theoretische Überlegung

2.1 Determinanten des Erwerbsverhaltens von Frauen mit Kindern

Das Arbeitsangebotsmodell der ökonomischen Theorie ist einer der wesentlichen Dreh- und Angelpunkte zur Erklärung des Erwerbsverhaltens von Frauen (Becker 1965; Killingsworth und Heckman 1986). Demnach erklärt sich das Arbeitsangebotsverhalten insbesondere durch den zu erwartenden Lohnsatz, der durch Humankapitalcharakteristika wie Bildung und Erwerbserfahrung bestimmt wird (Mincer 1974). Für die Betrachtung der Erwerbstätigkeit von Frauen ist ebenfalls von Bedeutung, dass die Erwerbsentscheidung im Haushaltskontext getroffen wird. Entsprechend bestimmt sich das Arbeitsangebot der Frau auch in Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen des Partners. Folgt man der klassischen Arbeitsangebotstheorie sollten zum einen gut ausgebildete Frauen eine höhere Erwerbneigung aufweisen, zum anderen gilt dies für Frauen mit einem gering qualifizierten Partner.

Für die Erklärung der Müttererwerbstätigkeit ist zudem die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung von zentraler Bedeutung. Heckman (1974) hat diese Überlegungen erstmalig in das ökonomische Modell integriert, indem er die Kinderbetreuungskosten als Abzug vom Lohnsatz der Frau betrachtet hat. Entsprechend reduzieren hohe Kinderbetreuungskosten den zu erwartenden Lohnsatz. Zwar bleibt theoretisch offen, ob der Einkommens- oder Substitutionseffekt dominiert, jedoch ist die generelle Annahme, dass sich hohe Kinderbetreuungskosten negativ auf das weibliche Arbeitsangebot niederschlagen. Empirische Untersuchungen kommen meist zu dem Ergebnis, dass Kinderbetreuungskosten insbesondere die Ar-

beitsmarktbeteiligung von gering qualifizierten Frauen reduzieren (Conelly 1991; Ribar 1992; Powell 2002).

Im ökonomischen Modell werden die familienpolitischen Eingriffe in Form von steuer- und transferpolitischen Maßnahmen modelliert. Kinderbetreuungspolitik wird dabei meist auf die Rolle der Kinderbetreuungssubventionen reduziert. In Deutschland, wie auch in den meisten europäischen Ländern, existiert ein öffentliches System der Kinderbetreuung. In einem derartigen System spielen weniger die Kosten eines Betreuungsplatzes eine Rolle, als vielmehr die Frage, ob man Zugang zu der begrenzten Anzahl verfügbarer Plätze erhält. Bei der Frage der Nutzung eines Kinderbetreuungsplatzes spielt ebenfalls die Akzeptanz des öffentlich bereit gestellten Angebots eine zentrale Rolle. Inwiefern Eltern der Meinung sind, dass die Betreuung in einer Kindertageseinrichtung der Entwicklung des eigenen Kindes schadet, mag für die Erwerbsentscheidung eine stärker handlungsleitende Funktion erfüllen als die Kosten der Betreuung. Diese Aspekte finden im ökonomischen Modell keine direkte Beachtung. Zwar wird die Nachfrage nach „Betreuungsqualität" in der ökonomischen Literatur diskutiert (Berger und Black 1992; Blau und Hagy 1998), jedoch werden bei dieser Diskussion normative Aspekte der Kinderbetreuung und der Müttererwerbstätigkeit ausgeblendet.

Die unterschiedlichen kulturellen Leitbilder in Bezug auf die Erwerbstätigkeit von Müttern werden insbesondere von Pfau-Effinger (1999; 2000) thematisiert. Nicht nur strukturelle, sondern auch kulturelle Bedingungen haben demnach einen Einfluss auf die Frauenerwerbstätigkeit, insbesondere im Hinblick darauf, welche kulturellen Konstruktionen von Mutter- und Vaterschaft und insbesondere Kindheit existieren und welche Sphäre als zuständig für die Erziehung der Kinder angesehen wird. Demzufolge bezieht sich das Erwerbsverhalten von Frauen auch größtenteils auf kulturelle Leitbilder einer wünschenswerten, als richtig angesehenen Arbeitsteilung (Gerhard, Knijn und Weckwert 2003; Klement und Rudolph 2004).

Die international vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung rückt die familienpolitischen Rahmenbedingungen in den Vordergrund der Betrachtung. Deutschland wird in diesem Zusammenhang als Prototyp des „familialistischen" Wohlfahrtsstaates bezeichnet, dessen institutionelle Rahmenbedingungen einseitig die Einbindung der Frau in Pflege- und Betreuungsarbeit innerhalb des Haushalts fördern (Gauthier 1996; Gornick, Meyers und Ross 1998; Esping-Andersen 1999; Stier, Lewin-Epstein und Braun 2001; Leitner, Ostner und Schratzenstaller 2004). Die Kernelemente des Systems sind das „Ehegattensplitting", die relativ lange Dauer der Elternzeit und das geringe Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen. Diese Kernelemente sollen im Folgenden kurz dargestellt werden.

2.2 Kernelemente der Familienpolitik in Deutschland

Die Dauer des Erziehungsurlaubs (bzw. der Elternzeit) ist seit der Einführung im Jahr 1986 vielfach modifiziert worden. Aktuell sind Frauen und Männer nach der Geburt eines Kindes berechtigt, Erziehungsurlaub für die Dauer von drei Jahren in Anspruch zu nehmen. Für maximal zwei der drei Jahre kann ein einkommens-

abhängiges Erziehungsgeld von 300 Euro bezogen werden.[1] In Bezug auf das sozialpolitische Ziel der „Vereinbarkeit von Kind und Beruf" sind die Regelungen zum Erziehungsurlaub und zum Erziehungsgeld ambivalent beurteilt worden (Gottschall und Bird 2003; Ziefle 2004; Gruescu und Rürup 2005). Zwar wird gleichermaßen Müttern und Vätern die Möglichkeit eingeräumt, für einige Zeit aus dem Beruf auszusteigen, um sich der Betreuung ihrer Kinder zu widmen, andererseits stellt das Erziehungsgeld von monatlich 300 Euro keine Lohnersatzleistung dar. Eine Lohnersatzleistung, die bspw. in Schweden mit dem Erziehungsgeld verbunden ist, wurde mit den Regelungen in Deutschland bislang nicht angestrebt. Stattdessen sollte das Erziehungsgeld als Familienleistung zur „Anerkennung für die besonders wichtige persönliche Betreuung des Kindes in seinen ersten Lebensjahren" dienen (BMFSFJ 2003: 7). Die familienpolitischen Schwerpunkte für die neue Legislaturperiode sehen dagegen eine Neukonzeption des Erziehungsgelds vor. Ab 2007 soll für das erste Jahr ein Erziehungsgeld gezahlt werden, das 67 Prozent des vorhergehenden Nettolohns ersetzt. Eine derartige Änderung würde einer radikalen Neukonzeption der Elternzeitregelungen gleich kommen.

Neben den Regelungen zum Erziehungsurlaub stellt das Kinderbetreuungssystem einen wichtigen Parameter der Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern dar (Kreyenfeld und Hank 2000; Büchel und Spieß 2002; Klement, Müller und Prein 2006). In Westdeutschland ist die Anzahl der Kindergartenplätze seit den 1970er Jahren kontinuierlich angestiegen. Motiviert war der Ausbau der Kinderbetreuung durch die Zielvorstellungen, Kinder frühzeitig zu fördern und ihnen möglichst ähnliche Startbedingungen zu gewährleisten. Die Frage der „Vereinbarkeit von Kind und Beruf" stand zu dieser Zeit nicht im Vordergrund. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass sich der Kindergarten nur als eine Halbtagsbetreuungsinstitution etablierte. 1996 wurde ein gesetzlich verankerter Anspruch auf einen Kindergartenplatz eingeführt, jedoch bezieht sich auch dieser nur auf einen Halbtagsplatz. Das 2005 in Kraft getretene Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) sieht insbesondere einen Ausbau der Betreuung für Kinder unter 3 Jahren vor. Bislang stellen Ganztagsbetreuungsplätze wie auch Betreuungsplätze für Kinder im Krippenalter in Westdeutschland jedoch weiterhin eine Ausnahme dar. Die Kinder- und Jugendhilfestatistik für das Jahr 2002 zeigt, dass im Krippenbereich die Versorgungsquote unter 5 Prozent liegt (Statistisches Bundesamt 2004b). Aktuellere Zahlen der Versorgungsquoten liegen nicht vor, da dieser Kennziffern der Kinder- und Jugendhilfestatistik bislang nur alle vier Jahre erhoben werden.

Die Regelungen zum Erziehungsurlaub und das geringe Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen für Kinder sind eingebettet in steuer- und transferpolitische Rahmenbedingungen, die das „Hausfrauenmodell" ermöglichen. Das „Ehegattensplitting" erlaubt verheirateten Paaren, ihre Steuern gemeinsam zu veranlagen. Auf Grund des progressiven Steuertarifs bieten sich die größten Steuervorteile für Paare,

1 Seit dem 1.1.2004 wurde die Einkommensgrenze für die ersten sechs Lebensmonate des Kindes deutlich gesenkt. Sie liegt zurzeit bei 30.000 Euro für Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften sowie 23.000 Euro für Alleinerziehende. Ab 2004 wurde auch die Höhe des Erziehungsgeldes geringfügig gekürzt. So beträgt der Regelbetrag gegenwärtig 300 Euro, bei verkürzter Bezugsdauer werden 450 Euro gezahlt (BMSFJ 2005).

die das klassische „male breadwinner model“ leben oder solche, bei denen die Frau lediglich einen geringen Beitrag zum Haushaltseinkommen in Form von Teilzeitarbeit leistet (Seidel, Teichmann und Thiede 1999; Dingeldey 2002). Auch die Hinterbliebenenversorgung und die Mitversicherung der nichterwerbstätigen Ehefrau in der gesetzlichen Krankenversicherung sind wichtige Elemente in einem System, in dem die finanziellen Risiken der reduzierten Erwerbstätigkeit von verheirateten Frauen sozial abgefedert werden.

Internationale Studien, die den Vergleich sozialpolitischer Rahmenbedingungen zum Kern haben, kommen meist zu dem Schluss, dass in kaum einem anderen Land die Nichterwerbstätigkeit verheirateter Frauen stärker gefördert wird als durch das System der BRD (Sainsbury 1997). Meyers, Gornick und Ross (1999) sowie Gornick, Meyers und Ross (1997; 1998) stellen fest, dass Deutschland zwar einen ausgedehnten Mutterschafts- und Erziehungsurlaub aufweist, jedoch nur in geringem Maße Kinderbetreuungseinrichtungen für Kleinkinder und Kinder unter sechs Jahren zur Verfügung stellt. Auf letzteres führen sie es zurück, dass die „child penalties“ (die Einkommensunterschiede von Frauen mit und ohne Kinder) relativ hoch ausfallen. Problematisch erscheint an der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung und den entsprechenden Ländervergleichen, dass sich die Analysen hauptsächlich auf Westdeutschland beziehen, bzw. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland ignoriert werden. Dies gilt sowohl für die Studien Esping-Andersens (1999) als auch für die Analysen von Sainsbury (1997) oder Gornick, Meyers und Ross (1998). Eine analytische Trennung zwischen Ost und West scheint jedoch auch für die Zeit nach der Wende in Deutschland sinnvoll zu sein.

2.3 Die besondere Situation in den neuen Bundesländern

Mit der Wiedervereinigung im Jahr 1990 wurden die politischen und ökonomischen Institutionen der DDR durch das System der BRD ersetzt. In der DDR war die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt eine zentrale sozialpolitische Leitvorstellung. Während in Westdeutschland die Teilzeiterwerbstätigkeit als Möglichkeit betrachtet wurde (und wird), Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt zu integrieren, wurde in der DDR die Teilzeiterwerbstätigkeit vielmehr als atypische Beschäftigungsform wahrgenommen. Demnach verhinderte eine Ausbreitung der Teilzeiterwerbstätigkeit die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt (Obertreis 1985: 305ff.). Das flexible und flächendeckende Betreuungssystem, das Überangebot an offenen Stellen, sowie ein moralischer und ökonomischer Druck machten die Vollzeiterwerbstätigkeit zur gesellschaftlichen Normalität. Diese Norm galt ebenso für Männer wie für Frauen und bedingte eine hohe Erwerbsbeteiligung aller Alters- und Bildungsgruppen (Helwig 1988; Frerich und Frey 1993; Trappe 1995; Trappe und Rosenfeld 2000).[2]

2 Eine Ausnahme stellt die einjährige Unterbrechung der Erwerbstätigkeit nach Geburt eines Kindes dar. 1976 wurde das „Babyjahr“ eingeführt, welches Müttern ab der Geburt ihres zweiten Kindes (und ab 1986 ab der Geburt des ersten Kinds) eine bezahlte Freistellung bot (Obertreis 1986; Trappe 1995). Bis dato hatte die Vorstellung dominiert, dass Frauen

Vor dem Hintergrund der Konvergenz der institutionellen Rahmenbedingungen nach der Wende wurde langfristig eine Annäherung des Erwerbsverhaltens ostdeutscher Frauen an die westdeutschen Erwerbsmuster erwartet (Dorbritz 1997; Rosenfeld, Trappe und Gornick 2004). Der Hypothese der Ost-West-Anpassung stehen jedoch markante Unterschiede in den Rahmenbedingungen und in den Einstellungen gegenüber, die die Wende „überlebt" haben. Diese Unterschiede betreffen insbesondere die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Kind und Beruf, aber auch grundlegende Einstellungen zur Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern.

Die sozialpolitischen Bemühungen der DDR, die auf die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zielten, hatten prinzipiell wenig an der traditionellen Arbeitsteilung im Haushalt verändert. Jedoch hat die Politik durchgreifende Änderungen in den Einstellungen zur Frauenerwerbstätigkeit befördert, die auch die Wende überdauert haben. Dies lässt sich u.a. an den Äußerungen zur Frage, ob ein Kleinkind darunter leidet, wenn seine Mutter erwerbstätig ist, erkennen. Der Vergleich der Analysen 1992 und 2004 zeigt, dass in beiden Landesteilen die liberalen Einstellungen in diesem Zeitraum deutlich zugenommen haben. Während im Jahr 2004 62 Prozent der westdeutschen Befragten dieser Einschätzung zustimmen, sind es im Osten gerade mal 29 Prozent (Tabelle 1). In Bezug auf die Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit hat demnach keine Ost-West-Angleichung stattgefunden. Auch zeigen diese Analysen, dass die westdeutschen Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit Veränderungen unterworfen sind. Im Laufe der 1990er Jahre zeigt sich eine deutliche Zunahme der Akzeptanz der Müttererwerbstätigkeiten in den „alten" Bundesländern.

Der wohl entscheidende Parameter für die Unterstützung der Vereinbarkeit von Kind und Beruf ist das Kinderbetreuungssystem. Obwohl das Angebot an Krippenplätzen nach der Wende deutlich reduziert worden ist, kam es nicht, wie vielfach angenommen, zu einem „Zusammenbruch" der ostdeutschen Betreuungsinfrastruktur (Rindfuss und Brewster 1996: 273; Adler 1997: 44). Im Jahr 2002 werden 35 Prozent der Kinder zwischen unter 3 Jahren in der Krippe betreut (Tabelle 2). In Westdeutschland sind es gerade mal 5 Prozent der Kinder derselben Altersklasse. Letztendlich stellen die relativ guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Ostdeutschland fundamental andere strukturelle Rahmenbedingungen für die Erwerbstätigkeit von Frauen mit Kindern dar als jene in Westdeutschland.

problemlos in den Erwerbsprozess integriert werden konnten. Kritische Studien zu den Langzeiteffekten der Krippenbetreuung sowie die niedrigen Geburtenraten der 1970er hatten im Wesentlichen eine Neukonzeption der Politik motiviert, die es Frauen ermöglichte, sich für ein Jahr der Betreuung ihrer Kinder zu widmen.

Tabelle 1: Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in Deutschland 1992-2004, Bewertung der Aussage: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“, Spaltenprozente

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1992	1996	2000	2004	1992	1996	2000	2004
Stimme voll und ganz zu	45	43	38	31	23	20	13	8
Stimme eher zu	29	31	32	31	28	28	27	21
Stimme eher nicht zu	16	16	19	25	26	27	33	36
Stimme gar nicht zu	8	8	9	12	21	23	24	34
Weiß nicht	3	2	2	1	3	2	2	1
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: ALLBUS 1992, 1996, 2000, 2004 (eigene Berechnungen)

Tabelle 2: Betreuungsquoten in Kindertageseinrichtungen in Deutschland[3]

	Westdeutschland			Ostdeutschland		
Alter der Kinder	1991	1996	2002	1991	1996	2002
0 bis unter 3 Jahre	4	4	5	58	33	35
3 bis unter 4 Jahre	51	54	68	89	85	86
4 bis unter 6 Jahre	75	76	77	88	85	86

Anmerkung: Betreuungsquoten: Anzahl der Kinder in einer Kindertageseinrichtung pro 100 Kinder der jeweiligen Altersklasse

Quelle: Mikrozensus 1991, 1996, 2002 (eigene Berechnungen)

2.4 Hypothesen zu den sozialstrukturellen Unterschieden im Erwerbsverhalten

Obwohl es in der DDR kaum bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten von Frauen gab, liegt es nahe, dass diese nach der Wende zugenommen haben. Dies lässt sich zum einen „neoklassisch“ begründen. Während im sozialistischen Regime die Lohnvariation gering war, sind nach der Wende die Einkommensunterschiede und Humankapitalrenditen angestiegen. Entsprechend sollten sich die Arbeitsanreize für gut qualifizierte Frauen in Ostdeutschland erhöht haben. Zum anderen drängt die Arbeitsmarktentwicklung schlecht qualifizierte Frauen in Arbeitslosigkeit ab oder verweist sie auf ABM-Maßnahmen (Holst und Kirner 1995; Engelbrech und Reinberg 1997).

Die familienpolitischen Rahmenbedingungen können derartige bildungsspezifische Erwerbsmuster verstärken. Während das Erziehungsgeld in Ländern wie Schweden vom vorhergehenden Einkommen abhängt und somit für alle Personen ähnliche

3 Für Kinder im Hortalter ist es auf Grund von Veränderungen im Frageprogramm des Mikrozensus nicht möglich, vergleichbare Analysen für die Jahre 1991 bis 2002 darzustellen. Auch wird der Umfang der Betreuung (ganztags oder halbtags) nicht erfasst.

Anreize setzt, es in Anspruch zu nehmen, ist das Erziehungsgeld in Deutschland nicht an das vorhergehende Einkommen gebunden und beträgt generell 300 Euro. Für Frauen mit einem niedrigen Einkommen sind in Bezug auf Erwerbsentscheidungen derartige Transferleistungen bedeutsamer als für Frauen mit einem hohen Einkommen. Auch das „Ehegattensplitting" setzt die höchsten „work disincentives" für Frauen mit niedrigem Einkommen, vorausgesetzt sie haben einen Partner, der ein entsprechend höheres Einkommen erwirtschaftet. Frauen, deren Partner eine höhere Bildung als sie selbst haben, sollten demzufolge eine niedrigere Erwerbsneigung aufweisen.

Ähnliche Steuerungswirkungen lassen sich den Kinderbetreuungskosten beimessen. Prinzipiell dominiert in Deutschland ein öffentliches Angebot der Kinderbetreuung. Während in Ländern wie Großbritannien oder den USA hohe Kinderbetreuungskosten ein wesentliche Barriere für die Erwerbsaufnahme darstellen, gilt dieses Argument nicht in gleichem Maße für ein System, in dem Kinderbetreuungsplätze in Form eines öffentliches Angebots bereit gestellt werden, für das ein nur geringes Entgelt entrichtet wird. Da die Kinderbetreuungskosten in einem derartigen System eine untergeordnete Rolle spielt, sollten auch die bildungsspezifischen Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Frauen geringer ausfallen. Jedoch sind auch in Deutschland die Elternbeiträge in den letzten Jahren deutlich angehoben worden. Während im Jahr 1996 ein Vollzeitplatz in einer Kindertageseinrichtung durchschnittlich 140 DM (70 Euro) gekostet hat, sind es im Jahr 2002 etwa 100 Euro.[4] Auch ist unklar, wie die einzelnen Bundesländer und Kommunen mit der Vorgabe des KJHG § 8 umgehen, wonach die Elternbeiträge einkommensabhängig gestaltet werden sollen. Hohe Elternbeiträge können relevante Entscheidungsparameter für das Erwerbsverhalten von Frauen darstellen. Während gut qualifizierte Frauen mit hohem Einkommen eher in der Lage sind, Elternbeiträge zu entrichten, können diese Kosten ein entscheidendes Hemmnis für die Erwerbsaufnahme schlecht qualifizierter Frauen darstellen. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte ließe sich vermuten, dass deutliche bildungsspezifische Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung von Müttern in Ost- und Westdeutschland existieren.

3 Deskriptive Analysen

3.1 Datensatz und Stichprobenauswahl

Für die empirischen Analysen verwenden wir die Daten des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine repräsentative Ein-Prozent-Stichprobe der in Deutschland lebenden Bevölkerung. Die Befragung wird seit 1957 einmal jährlich in Westdeutschland durchgeführt. In Ostdeutschland fand die erste Mikrozensus-Befragung nach der

4 Die Angaben beziehen sich auf eigene Berechnungen mit dem Sozio-Oekonomischen Panel. Es handelt sich hier um ungewichtete deskriptive Analysen der Variabeln zum Besuch einer Kindertageseinrichtung und der Höhe der Elternbeiträge.

Wende im Jahr 1991 statt. Seit 2005 wird der Mikrozensus auch unterjährig durchgeführt, d.h. ab diesem Zeitpunkt liegen auch Quartalsergebnisse vor. Für die Wissenschaft wird vom Statistischen Bundesamt ein „Scientific-Use-File" des Mikrozensus zur Verfügung gestellt. Der Scientific-Use-File ist eine faktisch-anonymisierte 70-Prozent-Teilstichprobe des Mikrozensus (Emmerling und Riede 1997; Schimpl-Neimanns 1998). Bislang sind faktisch-anonymisierte Teildatensätze für die Mikrozensen bis zum Jahr 2003 verfügbar.

Für die deskriptive Darstellung verwenden wir die Scientfic-Use-Files der Mikrozensen der Jahre 1991, 1996 und 2002.[5] Für die multivariaten Analysen beschränken uns jedoch auf das Befragungsjahr 2002. Der Vorteil des Mikrozensus liegt insbesondere in seiner hohen Fallzahl, so dass auch spezielle Populationen wie in der vorliegenden Untersuchung differenziert analysiert werden können. In die Analyse beziehen wir nur Frauen zwischen 18 und 45 Jahren ein, die der Bevölkerung am Familienwohnsitz zugerechnet werden können und Kinder zwischen 1 und 15 Jahren haben, die im Haushalt (bzw. in der Familie) leben. Wir verwenden nur Frauen bis zum Alter 45, da wir davon ausgehen können, dass deren Kinder das elterliche Haus in den meisten Fällen noch nicht verlassen haben. Dies ist relevant, da die Fertilitätsbiographie im Mikrozensus nicht abgefragt wird und demzufolge nur Informationen über die im Haushalt bzw. in der Familie lebenden Kinder berücksichtigt werden können. Wir schließen ebenfalls Frauen aus, die ein Kind unter einem Jahr haben, da diese Frauen sich vielfach noch im Mutterschutz befinden, für die also ein Beschäftigungsverbot existiert. Für Westdeutschland stehen uns 24.983 westdeutsche Mütter zur Verfügung. In Ostdeutschland sind dies 4.501 (siehe Tabelle A3 im Anhang).

3.2 Das „erweiterte" Erwerbskonzept zur Erfassung der Müttererwerbstätigkeit

Eine gängige Kennziffer zur Erfassung des Erwerbsverhaltens von Frauen ist die *Erwerbsquote*, die den Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung wiedergibt. Die Erwerbsquote wird auf Basis der Arbeitskräftestichproben in den Ländern Europas nach den Richtlinien der International Labor Organization (ILO) generiert und in unterschiedlichen Veröffentlichungen der OECD verbreitet (OECD 2005).[6] In Deutschland ist die Arbeitskräftestichprobe in den Mikrozensus inte-

5 Beim Mikrozensus handelt es sich um eine rotierende Stichprobe, in der die Haushalte jedes Auswahlbezirks vier Jahre lang befragt werden, wobei jedes Jahr ein Viertel der Auswahlbezirke ausgetauscht wird. Für die folgenden Analysen werden die unterschiedlichen Jahre in einem Datensatz gepoolt. Um zu gewährleisten, dass eine befragte Person nicht mehrfach in dem Datensatz erscheint, haben wir die Mikrozensen so ausgewählt, dass zwischen ihnen mindestens vier Jahre Abstand bestehen.

6 Die ILO-Definition fasst alle Personen über 15 Jahren unter die Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das mindestens 1 Stunde in der Woche umfasst. Weiterhin gelten auch Personen, die zwar in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, in der Berichtswoche aber nicht gearbeitet haben, als erwerbstätig.

griert, der die wesentlichen Fragen enthält, um die ILO-Erwerbsquote umzusetzen (Schmidt 2000; Rengers 2004). Demnach liegt die Erwerbsquote von Frauen in Deutschland mit etwa 65 Prozent im Jahr 2002 im europäischen Mittelfeld.

Dass Deutschland, angesichts seiner Rahmenbedingungen, die allgemein als wenig „work and family friendly" gelten, derart „gut" im internationalen Vergleich abschneidet, dürfte auch der Tatsache geschuldet sein, dass Ost- und Westdeutschland, spätestens seit 2000, in den europäischen Veröffentlichungen nicht mehr getrennt erscheinen. Während in Ostdeutschland die Erwerbsquote von Frauen bei 73 Prozent, und damit mit den skandinavischen Ländern am oberen Ende der europäischen Verteilung zu finden ist, liegt Westdeutschland mit 64 Prozent deutlich niedriger (siehe Tabelle A1 und A2 im Anhang).

Die Erwerbsquote von Frauen wird vielfach als Indikator verwendet, um die Position von Frauen und die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt darzustellen. Problematisch erscheint daran, dass sich die Frage, inwiefern die Rahmenbedingungen „work and family friendly" sind, in erster Linie nach der Familiengründung stellen. Deutschland (West) zeichnet sich durch ein im internationalen Vergleich hohes Alter bei Erstgeburt und einen extrem hohen Anteil zeitlebens kinderloser Frauen aus (Dorbritz und Ruckdeschel 2006; Konietzka und Kreyenfeld 2006). Für die internationale Vergleichbarkeit der Erwerbsquote bedeutet dies, dass in Deutschland das Erwerbsverhalten von kinderlosen Frauen überproportional Berücksichtigung findet. Ein Indikator, der etwas über die Verwirklichung der Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt, die Vereinbarkeit von Kind und Beruf und die Verwirklichung der „ökonomischen Eigenständigkeit von Frauen" aussagen will, müsste sich insbesondere auf das Erwerbsverhalten von Frauen mit Kindern beziehen.

Das ILO-Erwerbskonzept, auf dessen Basis die Erwerbsquoten berechnet werden, ist jedoch für die Analyse der Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nicht uneingeschränkt brauchbar. Zum einen werden Frauen im Erziehungsurlaub seit 1996 explizit als Erwerbstätige eingestuft. Zwar lässt sich argumentieren, dass Frauen im Erziehungsurlaub einen gültigen Arbeitsvertrag haben, jedoch sind sie de facto nicht in den Erwerbsprozess integriert. Zum anderen unterscheidet das ILO-Erwerbskonzept nicht zwischen Vollzeit, Teilzeit und geringfügig Erwerbstätigen. Angesichts der Tatsache, dass Frauen mit Kindern häufiger reduziert erwerbstätig sind, erscheint eine derartige Unterscheidung jedoch durchaus sinnvoll.

Vor diesem Hintergrund haben wir für die folgenden Analysen der Müttererwerbstätigkeit ein „erweitertes" Erwerbskonzept verwendet, in dem wir explizit den

---

Als Erwerbslose gelten laut ILO-Definition Personen über 15 Jahre, die in der Berichtswoche keiner entgeltlichen Tätigkeit nachgehen, in den letzten vier Wochen davor aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben sowie innerhalb der nächsten zwei Wochen für den Arbeitsmarkt verfügbar sind. Weiterhin zählen auch Personen, die die Arbeitssuche bereits abgeschlossen haben und später als in der Berichtswoche eine Tätigkeit aufnehmen, zu den Erwerbslosen.

Nach dem ILO-Konzept gelten alle Personen als Nichterwerbspersonen, die in der Berichtswoche in keinem Beschäftigungsverhältnis standen und auch nicht auf der Suche nach einer Beschäftigung waren.

Erwerbsumfang berücksichtigen. *Vollzeiterwerbstätige* sind Personen, die für die Berichtswoche eine tatsächliche Arbeitszeit von mindestens 30 Stunden angeben.[7] *Teilzeiterwerbstätige* sind Personen mit einer Arbeitszeit von 15 bis 29 Stunden, *geringfügig Beschäftigte* sind Personen mit einem Wochenarbeitsumfang von 1 bis 14 Stunden.[8] *Erwerbslose* sind (analog zur ILO-Klassifikation) Personen, die nicht erwerbstätig sind, auf Arbeitssuche sind und dem Arbeitsmarkt sofort zur Verfügung stehen.[9] *Nichterwerbspersonen* sind (ebenfalls analog zur ILO-Klassifikation) Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen und nicht auf der Suche nach einer Beschäftigung sind. Eine weitere Kategorie beinhaltet Personen, die zwar in einem Arbeitsverhältnis stehen, aber eine Arbeitszeit von „0 Stunden" angeben. Dies sind in erster Linie Erziehungsurlauberinnnen, können aber auch Personen sein, die aus anderen Gründen von der Arbeit frei gestellt sind. Diese Kategorie haben wir als *Erziehungsurlaub/Freistellung* bezeichnet.[10]

3.3 Deskriptive Darstellung

Auf Basis des „erweiterten Erwerbskonzepts" haben wir in Tabelle 3 das Erwerbsverhalten von Müttern in Ost- und Westdeutschland nach dem Alter des jüngsten Kindes dargestellt. Für Ostdeutschland ist seit 1991 ein deutlicher Anstieg der Er-

7 Zur Abgrenzung der Vollzeiterwerbstätigkeit verwenden wir entgegen der bislang gebräuchlichen Grenze von 35 Stunden und mehr Arbeitszeit pro Woche die 30-Stunden-Grenze. Auf diese Weise erfolgt die Abgrenzung analog zu der seit 1997 verwendeten OECD-Definition, die berücksichtigt, dass in einigen Sektoren die vertragsgemäße Vollzeiterwerbstätigkeit bei 35 Stunden oder sogar etwas darunter liegen kann (Bastelaer et al. 1997). In den „Demographischen Standards" des Statistischen Bundesamtes (2004a: 4) sind die Empfehlungen zur Abgrenzung der Vollzeiterwerbstätigkeit eher vage formuliert: „Mit diesen einerseits erweiterten und andererseits nicht mehr über eine exakte Arbeitszeit definierten Kategorien wird den neuen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt Rechnung getragen, denn die alten Grenzen (35 Stunden und mehr als ‚vollzeit', 15 bis 34 Stunden als ‚teilzeit' und unter 15 Stunden als ‚stundenweise' erwerbstätig) gelten nicht mehr."

8 Wir verwenden die „tatsächlich" geleistete Arbeitszeit und nicht die „normalerweise" geleistet Arbeitszeit, da unklar ist, welche Arbeitszeiten Personen angeben, die sich im Erziehungsurlaub befinden. Wir verwenden ebenfalls nicht die Variable zur Vollzeit-Teilzeiterwerbstätigkeit, auf dessen Basis sich Personen selbst einstufen können, da zum einen auch hier nicht klar ist, zu welcher Kategorie sich Erziehungsurlauberinnen rechnen und es des Weiteren aufgrund der fehlenden Erläuterung der Begriffe Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit zu Fehleinschätzungen der Befragten kommt. Am Rande sei angemerkt, dass eine Analyse dieser Variable einen leichten Anstieg der Vollzeiterwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern in Westdeutschland ergibt.

9 Auf Grund der Veränderung des Frageprogramms bezieht sich die Verfügbarkeit im Jahr 1991 auf eine „sofortige Verfügbarkeit". Im Mikrozensus 1996 und 2002 bezieht sich diese auf eine Verfügbarkeit „innerhalb von zwei Wochen".

10 Erst ab dem Mikrozensus 1999 wird explizit nach dem Erziehungsurlaub gefragt. Im Jahr 2002 sind 82 Prozent der Frauen mit Kindern im Alter von 1 bis 3 Jahren, die wir als „Erziehungsurlaub/Freistellung" klassifiziert haben, Personen im Erziehungsurlaub.

werbslosen erkennbar. Der Anteil Teilzeit und geringfügig Erwerbstätiger hat ebenfalls leicht zugenommen. Demgegenüber ist der Anteil der Vollzeiterwerbstätigkeit deutlich rückläufig. Während im Jahr 1991 noch 64 Prozent der ostdeutschen Mütter Vollzeit erwerbstätig waren, sind es im Jahr 2002 nur noch 52 Prozent. Trotz dieses Rückgangs ist die Vollzeiterwerbstätigenquote in den neuen Bundesländern mehr als dreimal so hoch wie in den alten Bundesländern.

Betrachtet man die Erwerbsquoten nach dem Alter des jüngsten Kindes, zeigt sich in Ostdeutschland insbesondere für Frau mit Kindern unter 3 Jahren ein deutlicher Anstieg der Nichterwerbspersonen über die Zeit.[11] Im Jahr 1991 lag in dieser Gruppe der Anteil der Nichterwerbspersonen bei 10 Prozent und stieg bis zum Jahr 1996 auf 31 Prozent. Für Frauen mit älteren Kindern liegt der Anteil an Nichterwerbspersonen jedoch deutlich darunter.[12]

In Westdeutschland hat zwischen 1991 und 2002 der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen und insbesondere der geringfügig Beschäftigten stark zugenommen, während der Anteil der Nichterwerbspersonen kontinuierlich zurückgegangen ist. Überraschenderweise ist die Vollzeiterwerbstätigenquote seit dem Jahr 1991 von einem niedrigen Anfangsniveau von 21 Prozent weiter auf 17 Prozent im Jahr 2002 zurückgegangen. Diese Entwicklung könnte prinzipiell mit der Verlängerung des Erziehungsurlaubs im Jahr 1992 in Verbindung gebracht werden. Gegen eine derartige Interpretation spricht jedoch, dass die Vollzeiterwerbstätigkeit für Frauen mit Kindern aller Altersgruppen gleichermaßen zurückgegangen ist, d.h. auch für Frauen, die keinen Anspruch auf Erziehungsurlaub haben. Insgesamt zeigen diese Entwicklungen, dass die steigende Erwerbsquote in Westdeutschland vor allem auf die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung zurückzuführen ist, welche von 8 Prozent im Jahr 1991 auf 16 Prozent im Jahr 2002 angestiegen ist.

11 Der relativ hohe Anteil von Personen in Erziehungsurlaub/Freistellung in den neuen Bundesländern im Jahr 1991 ist auf die transformationsbedingten Arbeitsmarktentwicklung zurückzuführen. Im Jahr 1991 befinden sich in dieser Gruppe in Ostdeutschland in erster Linie Personen, die vorübergehend von ihrer Arbeit freigestellt worden waren. Im Mikrozensus geben die meisten ostdeutschen Befragten, die wir im Jahr 1991 als Nichterwerbspersonen klassifiziert haben an, dass sie in „Kurzarbeit“ beschäftigt sind.

12 Es sei am Rande angemerkt, dass unter den ostdeutschen Nichterwerbspersonen häufiger Personen zu finden sind, die noch im Studium sind. Im Jahr 2002 trifft dies auf etwas mehr als 3 Prozent der ostdeutschen Mütter zu, in den alten Bundesländern auf weniger als 2 Prozent. Ein Vergleich des Anteils von Müttern in Ausbildung ist für die unterschiedlichen Jahre leider nicht möglich, da die Fragen zur Bildungsbeteiligung aus dem Jahr 1991 und den Jahren 1996/2002 nicht vergleichbar sind.

Tabelle 3: Erwerbsbeteiligung nach Alter des jüngsten Kindes, Spaltenprozente

	Ostdeutschland			Westdeutschland			Deutschland		
	1991	1996	2002	1991	1996	2002	1991	1996	2002
Alle Frauen mit Kindern									
Vollzeit	63,7	61,1	51,7	20,5	17,4	16,8	32,1	26,7	22,1
Teilzeit	8,3	7,9	9,9	20,9	20,3	23,3	17,5	17,6	21,2
Geringfügig	0,9	1,4	3,7	7,6	10,8	15,7	5,8	8,8	13,9
Erwerbslos	10,9	17,6	17,0	3,5	4,2	4,2	5,5	7,0	6,2
Erziehungsurlaub/Freist.	10,7	3,4	5,6	2,4	7,1	7,5	4,6	6,3	7,1
Nichterwerbsperson	5,6	8,7	12,1	45,1	40,2	32,5	34,4	33,5	29,4
Jüngstes Kind 1 bis unter 3									
Vollzeit	50,4	26,5	31,0	12,3	8,9	8,9	20,9	10,8	11,8
Teilzeit	7,3	6,6	8,0	14,8	8,9	9,7	13,1	8,7	9,4
Geringfügig	0,9	2,3	4,1	6,7	7,7	13,2	5,4	7,1	12,0
Erwerbslos	15,6	16,3	11,3	4,2	2,6	1,8	6,8	4,0	3,1
Erziehungsurlaub/Freist.	16,3	17,3	17,7	4,0	18,8	19,9	6,8	18,6	19,6
Nichterwerbsperson	9,6	30,9	27,9	57,9	53,2	46,5	47,1	50,8	44,0
Jüngstes Kind 3 bis unter 6									
Vollzeit	63,9	55,4	50,7	18,0	14,4	14,5	30,7	21,1	19,2
Teilzeit	8,8	8,6	10,7	20,2	19,9	24,3	17,0	18,1	22,5
Geringfügig	1,1	1,3	3,5	8,0	12,3	17,3	6,1	10,5	15,4
Erwerbslos	11,0	23,1	21,7	3,2	5,2	5,3	5,4	8,1	7,4
Freistellung	9,7	2,1	2,9	2,1	3,8	3,9	4,2	3,5	3,7
Nichterwerbsperson	5,5	9,5	10,6	48,7	44,4	34,8	36,7	38,7	31,6
Jüngstes Kind 6 bis unter 10									
Vollzeit	68,7	68,2	57,2	24,0	20,9	18,9	36,9	34,4	23,6
Teilzeit	8,6	8,1	11,2	25,3	26,4	29,9	20,5	21,1	27,6
Geringfügig	0,8	1,2	4,5	8,6	12,6	17,4	6,3	9,3	15,9
Erwerbslos	9,3	16,1	19,1	3,3	4,5	4,8	5,0	7,9	6,6
Freistellung	8,6	1,7	1,6	1,5	2,8	3,0	3,5	2,5	2,8
Nichterwerbsperson	4,0	4,8	6,4	37,3	32,9	25,9	27,7	24,9	23,5
Jüngstes Kind 10 bis unter 15									
Vollzeit	71,0	69,4	63,4	35,5	33,0	31,9	46,3	43,8	40,8
Teilzeit	8,3	7,4	9,6	25,0	28,4	30,6	19,9	22,1	24,7
Geringfügig	0,7	1,4	3,0	6,6	8,9	12,7	4,8	6,7	10,0
Erwerbslos	7,7	15,8	15,5	2,7	4,2	5,0	4,2	7,6	8,0
Freistellung	8,9	1,3	2,0	2,0	2,6	2,6	4,1	2,2	2,4
Nichterwerbsperson	3,4	4,8	6,5	28,2	23,0	17,2	20,7	17,6	14,2

Anmerkung: Vollzeiterwerbstätigkeit: >= 30 h/Woche; Teilzeiterwerbstätigkeit: 15-29 h/Woche; geringfügige Beschäftigung: <=14 h/Woche

Quelle: Mikrozensen 1991, 1996, 2002 (eigene Berechnungen)

4 Ergebnisse der multivariaten Analyse

4.1 Methode und Variablen

Mit Hilfe eines multinomialen logistischen Regressionsmodells analysieren wir im Folgenden den Einfluss sozialstruktureller Merkmale der Erwerbstätigkeit von Frauen in Deutschland für das Jahr 2002.[13] Für diese Analysen fassen wir Teilzeit und geringfügig beschäftigte Frauen in eine Kategorie zusammen. Ebenfalls gruppieren wir Frauen, die im Erziehungsurlaub oder von der Arbeit freigestellt sind, in die Kategorie der Nichterwerbspersonen (für ein ähnliches Vorgehen, siehe Dathe 1999 oder John und Stutzer 2002). Die Analysen werden für Ost- und Westdeutschland getrennt durchgeführt. Im ersten Schritt schätzen wir ein Modell ohne die Bildung des Partners. Im zweiten Modell beziehen wir diese Kovariate mit ein, wobei wir diese Information nur für verheiratete Frauen verwenden. In einem dritten Schritt untersuchen wir Interaktionseffekte zwischen der Bildung des Mannes und der Frau.

Eine zentrale erklärende Variable ist der *Bildungsabschluss*. Wir unterscheiden Befragte mit einem Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, Befragte mit einem Berufsbildungsabschluss und Befragte, die keinen Ausbildungs- oder Hochschulabschluss erworben haben. Weiterhin kontrollieren wir für das *Alter der Frau.* Wir unterscheiden die Kategorien 18 bis 25, 26 bis 30, 31 bis 35 und 36 bis 45 Jahre. Das *Alter des jüngsten Kindes* haben wir analog zu den deskriptiven Analysen in die Kategorien 1 bis unter 3, 3 bis unter 6, 6 bis unter 10 und 10 bis unter 15 Jahre gruppiert. Darüber hinaus unterscheiden wir Frauen nach der *Anzahl ihrer Kinder*, d.h. ob sie nur ein Kind, zwei Kinder oder drei oder mehr Kinder haben. Da die Fertilitätsbiographie im Mikrozensus nicht erhoben wird, beziehen sich diese Angaben auf die Anzahl der Kinder, die zum Befragungszeitpunkt noch im Haushalt leben. Wir berücksichtigen die *Gemeindegrößenklasse* und unterscheiden hier zwischen Gemeinden unter 20.000 Einwohnern, Städten und Gemeinden mit 20.000 bis 500.0000 Einwohnern und Städten mit 500.0000 und mehr Einwohnern. Der *Familienstand* ist eine weitere zentrale Kontrollvariable. Wir unterscheiden zwischen ledigen und verheirateten Frauen sowie der Gruppe der Geschiedenen und Verwitweten. Für die Gruppe der verheirateten Frauen haben wir ebenfalls den *Bildungsabschluss des Partners* generiert. Die *Nationalität* ist eine weitere Kontrollvariable, d.h. wir unterscheiden Personen mit deutscher und mit anderer Staatsangehörigkeit.

13 Die abhängige Variable im multionomialen logistischen Regressionsmodell ist der natürliche Logarithmus des Odds, was häufig als „Chancenverhältnis“ übersetzt wird. Da dieser Begriff im deutschen Sprachgebrauch nicht üblich ist, verwenden wir im Folgenden auch die Begriffe „Wahrscheinlichkeit“ und „Chance“. Zwar ist die abhängige Variable im logistischen Regressionsmodell keine Wahrscheinlichkeit, steht aber mit dieser in engem Zusammenhang.

4.2 Ergebnisse

In Tabelle 4a sind die Ergebnisse für Westdeutschland dargestellt. Die Ergebnisse sind als Odds Ratios wiedergegeben. Als Referenzkategorie haben wir die Nichterwerbspersonen gewählt. Bei der Darstellung der Ergebnisse fokussieren wir auf die Voll- und Teilzeitzeiterwerbstätigen (in Referenz zu den Nichterwerbspersonen), geben aber in einem ersten Schritt einen kurzen Überblick über die Determinanten der Erwerbslosigkeit. Es zeigt sich im Wesentlichen das zu erwartende Muster. Häufig von Erwerbslosigkeit betroffen sind unverheiratete und ausländische Mütter.

Wendet man sich den Determinanten der Voll- und Teilzeiterwerbstätigkeit zu, bestätigen sich in Bezug auf das *Alters des jüngsten Kindes* im Wesentlichen die deskriptiven Analysen. Ist das jüngste Kind jünger als 3 Jahre, ist die Chance einer Voll- wie auch Teilzeiterwerbstätigkeit relativ gering. Mit zunehmendem Alter steigt die Chance einer Erwerbstätigkeit kontinuierlich an. Mit steigender *Kinderzahl* reduziert sich die Chance der Vollzeit- wie auch der Teilzeiterwerbstätigkeit deutlich. Die Koeffizienten für das *Alter der Mutter* zeigen für Teil- wie für Vollzeiterwerbstätigkeit ein ähnliches Profil. Insbesondere die Gruppe der Mütter im Alter von 18 bis 25 Jahren sticht mit ihrer auffällig geringen Erwerbsneigung heraus.

Überraschend ist der geringe Effekt der Gemeindegrößenklasse. Prinzipiell würde man vermuten, dass in größeren Städten die Kinderbetreuungssituation und die Erwerbsmöglichkeiten besser und demnach auch die Müttererwerbstätigenquoten höher sind. Deskriptiv trifft dies auch zu (siehe Tabelle A3 im Anhang). Nach der Kontrolle der Bildung und des Familienstands lässt sich ein derartiger Effekt jedoch nicht mehr nachweisen. In jedem Fall deuten diese Ergebnisse auf Interaktionseffekte der Gemeindegröße, des Familienstands und der Bildung hin.

Der *Familienstand* hat einen starken und signifikanten Einfluss auf die Vollzeiterwerbstätigkeit. Unverheiratete Frauen mit Kindern sind deutlich häufiger Vollzeit erwerbstätig als verheiratete Frauen. Der *Bildungsabschluss der Befragten* zeigt ebenfalls den erwarteten Zusammenhang, d.h. mit steigendem Bildungsniveau steigt auch die Wahrscheinlichkeit, Vollzeit wie auch Teilzeit erwerbstätig zu sein.

Tabelle 4b zeigt die Ergebnisse für Ostdeutschland. Markante Unterschiede zu den Ergebnissen für die westlichen Bundesländer ergeben sich für die Rolle des Familienstands. In Westdeutschland zeigt sich sehr deutlich, dass verheiratete Frauen seltener Vollzeit erwerbstätig sind als andere. In Ostdeutschland unterscheiden sich unverheiratete und verheiratete Frauen kaum in ihrem Erwerbsprofil. Dieser Befund steht im Gegensatz zu der generellen Erwartung des ökonomischen Modells, dass Frauen, die auf das Einkommen eines Partners zurückgreifen können, eine niedrigere Erwerbsneigung aufweisen. Im folgenden Abschnitt betrachten wir die Rolle der Partnercharakteristika genauer.

Tabelle 4a: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Alter	18 bis 25	1	1	1
	26 bis 30	1,28***	1,43***	1,19
	30 bis 35	1,34***	1,69***	1,22
	35 bis 45	1,23***	1,59***	0,98***
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	1	1	1
	3 bis unter 6	3,10***	3,16***	5,16***
	6 bis unter 10	5,05***	4,50***	6,11***
	10 bis unter 15	9,81***	5,60***	8,13***
Anzahl Kinder	ein Kind	1	1	1
	zwei Kinder	0,52***	0,87***	0,80***
	drei und mehr	0,34***	0,56***	0,79***
Nationalität	deutsch	1	1	1
	andere	0,92	0,64***	1,21***
Bildungsabschluss	kein Abschluss	1	1	1
	Berufsabschluss	1,86***	1,94***	0,94
	Hochschule	3,88***	2,27***	1,16
Gemeindegröße	unter 20.000	1	1	1
	20.000-500.000	0,92*	0,91***	1,12
	über 500.000	1,01	0,77***	1,16
Familienstand	ledig	2,73***	1,08	2,96***
	gesch./verw.	2,46***	1,00	3,16***
	verheiratet	1	1	1
Modellgüte	Log Likelihood 0			-29164
	Log Likelihood			-26451
	Pseudo r^2			0.093

Tabelle 4b: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios

		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Alter	18 bis 25	1	1	1
	26 bis 30	1,50***	2,50***	1,25
	30 bis 35	2,05***	2,75***	1,28
	35 bis 45	1,41**	1,90***	1,10
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	1	1	1
	3 bis unter 6	5,37***	3,65***	6,54***
	6 bis unter 10	8,88***	6,24***	9,79***
	10 bis unter 15	7,42***	4,54***	7,61***
Anzahl Kinder	ein Kind	1	1	1
	zwei Kinder	0,58***	0,84	1,03
	drei und mehr	0,19***	0,68***	0,99
Nationalität	deutsch	1	1	1
	andere	0,16***	0,32***	0,67
Bildungsabschluss	kein Abschluss	1	1	1
	Berufsabschluss	2,08***	1,39***	0,85
	Hochschule	5,68***	2,92***	0,66
Gemeindegröße	Unter 20.000	1	1	1
	20.000-500.000	0,78**	0,83	0,85
	Über 500.000	0,71**	0,94	0,40***
Familienstand	ledig	0,84	0,64***	1,50***
	gesch./verw.	0,90	0,75	1,77***
	verheiratet	1	1	1
Modellgüte	Log Likelihood 0			-5493
	Log Likelihood			-4948
	Pseudo r^2			0,091

Anmerkung: ***p<0,01; **p<0,05; *p<0,10.

Abhängige Variable: Vollzeit, Teilzeit inklusive geringfügig beschäftigt, Erwerbslos, Nichterwerbsperson (Referenz).

Die Stichproben umfassen Frauen im Alter von 18-45 Jahren, die zum Befragungszeitpunkt ein Kind haben, das im Haushalt (bzw. in der Familie) lebt. Für fehlende Angaben zum Bildungsstatus wurde kontrolliert (d.h. die Bildungsvariable umfasst eine weitere Kategorie „fehlende Angaben", die wir nicht ausgewiesen haben.)

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

4.3 Die Rolle des Bildungsniveaus des Partners

Vom Bildungsabschluss des Partners würde man einen negativen Einfluss erwarten, da sich mit steigender Bildung und mit steigendem Einkommen des Mannes die Möglichkeiten des (Teil-)Rückzugs der Frau aus dem Arbeitsmarkt erhöhen. Um diesen Aspekt abzubilden, haben wir für verheiratete Frauen den Einfluss der Rolle des Bildungsstatus des Partners auf die eigene Erwerbstätigkeit untersucht. Analog zu dem vorhergehenden Vorgehen haben wir ein multinomiales Logitmodell geschätzt und die Odds Ratios in der Tabelle abgebildet (siehe Tabelle 5). Aus Platzgründen haben wir nur die zentralen Variablen wiedergegeben, jedoch nicht erneut die Effekte der anderen Kovariaten dargestellt.

In Westdeutschland hat der Bildungsabschluss des Partners einen deutlich negativen Einfluss auf die Voll- wie auch auf die Teilzeiterwerbstätigkeit der Frau. Dies würde die Hypothese unterstützen, dass die Erwerbssituation der Frau auch vom Lohnpotential des Partners (gemessen an seinem Bildungsniveau) abhängt. In Ostdeutschland zeigt sich ein derartiges Muster nicht.

Für Ostdeutschland hatten die bisherigen Analysen gezeigt, dass verheiratete Frauen ebenso häufig Vollzeit erwerbstätig sind wie ledige Frauen. Unter den Verheirateten sind es eher Frauen, deren Partner eine mittlere Bildung hat, die häufiger Vollzeit erwerbstätig sind. Verheiratete Frauen mit einem Partner ohne Berufs- oder Hochschulabschluss weisen eine niedrige Erwerbsneigung auf. Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass sich die Ergebnisse in Tabelle 5 nur auf verheiratete Frauen beziehen. Die Entscheidung zur Eheschließung steht bereits im engen Zusammenhang mit dem Erwerbsprofil des Partners. Frauen, deren Partner erwerbslos ist oder ein nur niedriges Einkommen erwirtschaftet, sollten eine geringere Motivation zur Eheschließung aufweisen. Diese Gruppe profitiert nur geringfügig von den sozialpolitischen Maßnahmen, die die Ehe fördern. Beispielsweise gibt es nur wenige Vorteile des „Ehegattensplittings“ oder der Hinterbliebenenrente für Frauen, deren Partner langfristig erwerbslos ist. Zum anderen kann der Zusammenzug mit dem Partner oder die Eheschließung den Bezug von bedarfs- und einkommensabhängigen Transferleistungen verschlechtern. Dies würde bedeuten, dass die Gruppe der Verheirateten bereits selektiv in Bezug auf die Bildungscharakteristika der Frau und ihres Partners ist. Für Westdeutschland dürfte dies die Interpretation der Ergebnisse in Tabelle 5 nur geringfügig beeinflussen, da die Mehrzahl der Mütter verheiratet ist. In Ostdeutschland sind derartige Betrachtungen, angesichts hoher Nichtehelichenquoten, von größerer Bedeutung (Huinink und Konietzka 2003; Konietzka und Kreyenfeld 2005).

Tabelle 5: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios, der Einfluss des Bildungsabschlusses des Partners

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Kein Abschluss	1	1	1
Partner	Berufsabschluss	0,62**	1,01	2,24***
	Hochschule	0,45***	0,94	2,39**

		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss	Kein Abschluss	1	1	1
Partner	Berufsabschluss	2,08**	1,03*	1,48
	Hochschule	1,01	1,88*	0,47*

Anmerkung: siehe Tabelle 4.

Weitere Variablen im Modell sind Alter der Frau, Alter des jüngsten Kindes. Anzahl der Kinder, Nationalität, Kontrollvariable für fehlende Angaben zum Bildungsabschluss, Familienstand

Die Koeffizienten beziehen sich nur auf den Effekt der Partnercharakteristika für verheiratete Frauen. Der Familienstand wurde in Interaktion mit dem Bildungsabschluss des Partners in den Analysen berücksichtigt. Die Koeffizienten für Ledige und Geschiedene haben wir, um die Übersichtlichkeit der Tabelle zu gewährleisten, nicht wiedergegeben.

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

4.4 Interaktionseffekte zwischen der Bildung des Partners und der Bildung der Frau

Aus dem ökonomischen Modell lässt sich herleiten, dass die Erwerbsbeteiligung der Frau auch vom Einkommenspotential ihres Partners abhängen sollte. Unberücksichtigt bleibt bei diesen Überlegungen, dass die Bildungshomogamie in den meisten Ländern, wie auch in Deutschland, hoch ist (Wirth 1996; Blossfeld und Timm 2003). Frauen mit hohem Bildungsabschluss haben vielfach auch Partner mit hohen Bildungsabschlüssen. Diese Haushalte haben auf der einen Seite das Einkommenspotential für einen Rückzug der Frau aus dem Arbeitsmarkt. Dem stehen jedoch relativ hohe Opportunitätskosten der Kinderbetreuung gegenüber. Haben beide Partner keinen Abschluss, so sind die Vorhersagen ebenso ambivalent. Auf der einen Seite müsste die Erwerbneigung der Frau höher sei, da das geringe Einkommenspotential des Mannes ein „Male Breadwinner Model" nicht möglich macht. Auf der anderen Seite sind für Frauen in diesen Konstellationen die Opportunitätskosten des Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt gering. Zudem profitieren sie stärker von einkommensabhängigen Transferleistungen (wie dem Erziehungsgeld, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe), was eine niedrige Erwerbneigung dieser Gruppe erklären könnte.

In Tabelle 6 haben wir die Ergebnisse eines Interaktionsmodells zwischen der Bildung der Frau und der ihres Partners wiedergegeben. Die Ergebnisse sind erneut als Odds Ratios dargestellt und beziehen sich auf verheiratete Frauen. In beiden Teilen Deutschlands zeichnet sich ein ähnliches Muster ab. Frauen, die in Partnerschaften leben, in denen beide einen Hochschulabschluss besitzen, weisen eine besonders hohe Vollzeiterwerbsneigung auf. Dies gilt ebenso für den relativ kleinen Anteil von Paaren, bei denen die Frau höher qualifiziert ist als der Mann. Eine niedrigere Erwerbsneigung weisen insbesondere Frauen mit höher qualifizierten Partnern auf. Dies unterstützt die Hypothese, dass der Rückzug der Frauen aus dem Arbeitsmarkt erheblich vom Einkommenspotential des Partners abhängt. Die Erwerbsneigung der Frau ist auch gering, wenn beide Partner keinen Abschluss haben. Möglicherweise spielen hier einkommensabhängige Transferleistungen eine zentrale Rolle. Letztendlich wäre der Rückzug aus dem Arbeitsmarkt zum einen ein Privileg von Frauen mit hinreichend einkommensstarken Männern, zum anderen ein Kennzeichen von Frauen, die aufgrund des geringen Einkommens des Partners einen besseren Zugang zu einkommens- und bedarfsabhängigen Transfermöglichkeiten haben. Im Bezug auf dieses Muster lassen sich keine großen Ost-West-Unterschiede erkennen.

Tabelle 6: Multinomiale logistische Regression, Odds Ratios, Interaktionseffekte zwischen dem Bildungsabschluss der Frau und dem Bildungsabschluss des Partners

		Westdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss Partner	Beide kein Abschluss	0,84*	0,60***	1,43***
	Beide berufl. Abschluss	1	1	1
	Beide Hochschule	1,95***	0,97	1,36*
	Mann höher qualifiziert	0,53***	0,65***	0,75**
	Frau höher qualifiziert	2,10***	1,12*	1,28

		Ostdeutschland		
		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos
Bildungsabschluss Partner	Beide kein Abschluss	0,46*	0,61	0,85
	Beide berufl. Abschluss	1	1	1
	Beide Hochschule	1,51*	1,39	0,26***
	Mann höher qualifiziert	0,51***	0,58**	0,46***
	Frau höher qualifiziert	1,75**	1,11	1,05

Anmerkung: siehe Tabelle 4.

Weitere Variablen im Modell sind Alter der Frau, Alter des jüngsten Kindes. Anzahl der Kinder, Nationalität, Kontrollvariable für fehlende Angaben zum Bildungsabschluss

Die Koeffizienten beziehen sich nur auf den Effekt der Partnercharakteristika für verheiratete Frauen. Der Familienstand wurde in Interaktion mit dem Bildungsabschluss des Partners und der Frau in den Analysen berücksichtigt. Die Koeffizienten für Ledige und Geschiedene haben wir, um die Übersichtlichkeit der Tabelle zu gewährleisten, nicht wiedergegeben.

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

5 Schlussfolgerung

Ziel unserer Darstellungen war es, einen Überblick über die Entwicklung der Müttererwerbstätigkeit auf Basis eines „erweiterten Erwerbskonzepts“ in Ost- und Westdeutschland zu geben. Dieses erweiterte Erwerbskonzept berücksichtigt, im Unterschied zum ILO-Erwerbskonzept, explizit den Erwerbsumfang, d.h. unterscheidet zwischen geringfügig, Teilzeit und Vollzeit erwerbstätig.

In Westdeutschland ist seit Anfang der 1990er Jahre insbesondere der Anteil der Frauen, die in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen stehen, angestiegen. Währendessen ist jedoch auch der Anteil Vollzeiterwerbstätiger leicht zurückgegangen. Der Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit lässt sich nur schwerlich in die internationalen Entwicklungen einordnen. Die meisten Länder haben im Laufe der letzen Jahre bzw. Jahrzehnte sozialpolitische Maßnahmen implementiert, die die Vereinbarkeit von Familien und Beruf unterstützen und die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt fördern. Vor diesem Hintergrund wurde vielfach die Erwartung geäußert, dass es einen stetigen Trend gibt, in welchem die Frauenerwerbstätigkeit, die ökonomische Eigenständigkeit und die Geschlechtergleichheit zunehmen. Daly (2005) argumentiert in diesem Zusammenhang:

> “The movement in participation levels is inexorably upwards. While a disappearance of the housewife might be premature, increased employment among women is associated with a move towards two-income families and a decline in the male breadwinner/female homemaker household arrangement” (ebd.: 383).

Zwar lässt sich in Westdeutschland ein deutlicher Rückgang des „Hausfrauen“-Anteils konstatieren, jedoch wird diese Entwicklung auch von einem leichten Rückgang der Vollzeiterwerbstätigkeit begleitet. Das typische Erwerbsmuster von Frauen mit Kindern ist die Teil- oder geringfügige Beschäftigung.

In Ostdeutschland ist seit der Wende der Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Mütter zurückgegangen. Dennoch unterscheiden sich ost- und westdeutsche Frauen mit Kindern weiterhin deutlich in ihrem Erwerbsverhalten. Auch im Jahr 2002 waren ostdeutsche Mütter dreimal häufiger Vollzeit erwerbstätig als westdeutsche Mütter. Dies widerspricht der Hypothese, dass es in Ostdeutschland angesichts des Institutionentransfers nach der Wende zu einer zügigen Anpassung an westdeutsche Verhaltensweisen kommen würde.

Letztendlich wirft die Analyse der Erwerbsmuster von Frauen mit Kindern die Frage auf, inwiefern die westdeutschen Verhaltensmuster einen Fixpunkt für einen Vergleich darstellen und welchem Wandel sie selbst unterworfen sind. Während im Bereich der ökonomischen Entwicklung und des Arbeitsmarkts eine Angleichung des Ostens an die Bedingungen in den westlichen Bundesländern mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen gleichzusetzen ist, ist vielfach in Frage gestellt worden, ob diese Perspektive auch für die Familienentwicklung und die Erwerbstätigkeit von Frauen passend ist. Westdeutschland zeichnet sich durch einen hohen Anteil zeitlebens kinderloser Frauen aus. Diejenigen, die sich für Kinder entscheiden, folgen einem Erwerbsmodell, das in der international vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung dafür kritisiert worden ist, dass es Frauen in die Abhängigkeit des

„männlichen Ernährers“ bringt (Orloff 1993; Ostner 1995; Langan und Ostner 1991; Lewis und Ostner 1994). In diesem Sinne wäre die Abkehr vom Vollzeiterwerbsmuster nicht mit einer graduellen Änderung im Erwerbsverhalten, sondern mit einer Abkehr von der ökonomischen Eigenständigkeit ostdeutscher Frauen mit Kindern gleichzusetzen.

Ähnlich wie in Westdeutschland zeichnen sich in Ostdeutschland mittlerweile deutliche bildungsspezifische Unterschiede im Erwerbsverhalten ab. Während in der DDR ein normativer und ökonomischer Druck existierte, Vollzeit erwerbstätig zu sein, der auf alle Bildungsgruppen ähnlich wirkte, gewähren die Rahmenbedingungen in der BRD einen größeren Entscheidungsspielraum. Gerade die „Wahlfreiheit“, sich zwischen Kind und Beruf entscheiden zu können, war lange Zeit ein Paradigma der Familienpolitik in der BRD. Diese „freie Wahl“ bedingt letztendlich bildungsspezifische Unterschiede in den Erwerbsmustern, die durch die familienpolitische Anreizstruktur verstärkt werden. Die empirischen Analysen mit den Daten des Mikrozensus bestätigen diese Einschätzungen. Es sind insbesondere höher qualifizierte Frauen, die Vollzeit erwerbstätig sind. Das „Hausfrauenmodell“ hat im Lauf der 1990er Jahre auch in Westdeutschland deutlich an Bedeutung verloren. Gelebt wird es in erster Linie von weniger qualifizierten Frauen mit höher qualifizierten Männern.

Literatur

Adler, M.A. (1997): Social change and decline in marriage and fertility in Eastern Germany. *Journal of Marriage and the Family* 59 (1): 37-49.

Bastelaer, A. van/Lemaître; M. P. (1997): The definitions of part-time work for the purpose of international comparisons. *Labour market and social policy occasional papers* 22. Paris: OECD.

Becker, Gary S. (1965): A theory of the allocation of time. *The Economic Journal* 75 (299): 493-517.

Berger, M.C./Black, D.A. (1992): Child-care subsidies, quality of care, and the labor supply of low-income, single mothers. *The Review of Economics and Statistics*. 74 (4): 635-642.

Blau, D. M./Hagy, A.P. (1998): The demand for quality in child care. *The Journal of Political Economy*. 106 (1): 104-146.

Blossfeld, H.P./Timm, A. (Hrsg.) (2003): *Who marries whom? Educational systems as marriage markets in modern societies.* Dordrecht: Kluwer.

BMFSFJ (Hg.) (2003): *Erziehungsgeld, Elternzeit: Das neue Bundeserziehungsgeldgesetz für Eltern mit Kindern ab dem Geburtsjahrgang 2001*. Berlin: BMFSFJ.

BMFSFJ (Hg.) (2005): *Erziehungsgeld, Elternzeit: Das Bundeserziehungsgeldgesetz.* Berlin: BMFSFJ.

Büchel, F./Spieß, K. (2002): Kindertageseinrichtungen und Müttererwerbstätigkeit – Neue Ergebnisse zu einem bekannten Zusammenhang. *Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung* 71: 96-114.

Connelly, R. (1991): The importance of child care costs to women’s decision making. In: Blau, David M. (Hg.): The Economics of Child Care. New York: Russel Sage Foundation.

Daly, M. (2005): Changing in family life in Europe: Significance for state and society. *European Societies* 7 (3): 379-398.

Dathe, D. (1999): Familienlebenszyklus und Erwerbsbeteiligung der Ehepartner in Ehen mit Kindern in West- und Ostdeutschland. In: Lüttinger, Paul (Hg.): *Sozialstrukturanalyse mit dem Mikrozensus.* Mannheim: ZUMA (ZUMA-Nachrichten spezial 6).

Dingeldey, I. (2002): Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. *WSI Mitteilungen* 3: 154-160.

Dorbritz, J. (1997): Der demographische Wandel in Ostdeutschland – Verläufe und Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 22 (2-3): 239-268.

Dorbritz, J./Ruckdeschel, K. (2006): Kinderlosigkeit in Deutschland – Ein europäischer Sonderweg? Daten, Trends und Gründe. In: Konietzka, Dirk/Kreyenfeld, Michaela (Hrsg.) (2006): *Ein Leben ohne Kinder.- Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit.* Wiesbaden: VS-Verlag (Im Erscheinen).

Emmerling, D./Riede, T. (1997): 40 Jahre Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik* 3: 160-174.

Engelbrech, G.; Reinberg, A. (1997): Frauen und Männer in der Beschäftigungskrise der 90er Jahre: Entwicklung der Erwerbstätigkeit in West und Ost nach Branchen, Berufen und Qualifikationen. *IAB Werkstattbericht* 11.

Esping-Andersen, G. (1999): *Social foundations of postindustrial economies.* Oxford: University Press.

Frerich, J./Frey, M. (1993): *Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland.* Band 2: Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik. München: Oldenbourg Verlag.

Gauthier, A.H. (1996): *The state and the family: A comparative analysis of family policies in industrialized countries.* Oxford: Clarendon Press.

Gerhard, U./Knijn, T./Weckwert, A. (2003) (Hrsg.): *Erwerbstätige Mütter ein europäischer Vergleich.* München: Beck.

Gornick, J.C./Meyers, M.K./Ross, K.E. (1998): Public policies and the employment of mothers: A cross-national study. *Social Science Quarterly* 79 (1): 35-54.

Gornick, J.C.; Meyers, M.K.; Ross, K.E. (1997): Supporting the employment of Mothers: Policy variation across fourteen welfare States. *Journal of European Social Policy* 7 (1): 45-70.

Gottschall, K./Bird, K. (2003): Family leave policies and labor market segregation in Germany: Reinvention or reform of the male breadwinner model? *Review of Policy Research*: Special Issue on Gender and Work Place Policies 20 (1): 115-134.

Gruescu, S./Rürup, B. (2005): Nachhaltige Familienpolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 23-24: 3-6.

Heckman, J.J. (1974): Effects of child-care programs on women's work effort. *The Journal of Political Economy* 82 (2), Part 2: S136-S163.

Helwig, G. (1988): Staat und Familie in der DDR. In: Glaeßner, Gert-Joachim (Hg.): *Die DDR in der Ära Honecker: Politik, Kultur, Gesellschaft.* Opladen: Westdeutscher Verlag (Schriften des Zentralinstituts für Sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin 56): 466-480.

Holst, E./Kirner, E. (1995): Ausgrenzung von Frauen in Ostdeutschland nach der „Wende" Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In: Hanesch, Walter (Hg.): *Sozialpolitische Strategien gegen Armut.* Opladen: Westdeutscher Verlag: 311-325.

Huinink, J./Konietzka, D. (2003): Lebensformen und Familiengründung – Nichteheliche Elternschaft in West- und Ostdeutschland in den 1990er Jahren. In: Walter B./Marbach J.H. (Hrsg.): *Partnerschaft und Familiengründung. Ergebnisse der dritten Welle des Familien-Survey.* Opladen: Leske und Budrich: 65-93.

John, B./Stutzer, E. (2002): Erwerbsverhalten von Erziehungsurlauberinnen. *Zeitschrift für Familienforschung* 3: 215-233.

Killingsworth, M.R./Heckman, J.J. (1986): Female Labor Supply: A Survey. In: Ashenfelter, Orley/Layard, Richard (Hg.): *Handbook of Labor Economics.* Amsterdam et al. (Handbooks in Economics 5): Elsevier Science Publisher.

Klammer, U. et al. (2000): *WSI-FrauenDatenReport.* CD-Rom (Beilage zur Buchausgabe WSI FrauenDatenReport). Berlin: ed. Sigma (Forschung aus der Hans-Böckler-Stiftung 26).

Klement, C./Rudolph, B. (2004): Employment patterns and economic independence of women in intimate relationships. *European Societies* 6 (3): 299-318.

Klement, C./Müller, G./Prein, G. (2006): Vereinbarkeit muss man sich leisten können: Zur Erklärung von Betreuungs- und Erwerbsarrangements in Familien mit Kinder unter drei Jahren. In: Bien, W. (et al.) (Hrsg.): *Wer betreut Deutschlands Kinder?* Beltz Verlag (im Erscheinen).

Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (2005): Nichteheliche Mutterschaft und soziale Ungleichheit: zur sozioökonomischen Differenzierung der Familienformen in Ost- und Westdeutschland. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (1): 32-61.

Konietzka, D./Kreyenfeld, M. (Hrsg.) (2006): Ein Leben ohne Kinder.- Ausmaß, Strukturen und Ursachen von Kinderlosigkeit. Wiesbaden: VS-Verlag (Im Erscheinen).

Kreyenfeld, M./Hank, K. (2000): Does the availability of child care influence the employment of mothers? Findings from western Germany. *Population Research and Policy Review* 19: 317-337.

Langan, M.; Ostner, I. (1991): Geschlechterpolitik im Wohlfahrtsstaat: Aspekte im internationalen Vergleich. *Kritische Justiz*: 302-317.

Leitner, S./Ostner, I./Schratzenstaller, M. (2004): Einleitung: Was kommt nach dem Ernährermodell? Sozialpolitik zwischen Re-Kommodifizierung und Re-Familialisierung. In: Dies. (Hg.): *Wohlfahrtsstaat und Geschlechterverhältnis im Umbruch: Was kommt nach dem Ernährermodell?* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien 7): 9-27.

Lewis, J.; Ostner, I. (1994): Gender and the evolution of European social policies. *ZeS-Arbeitspapier* Nr. 4/94. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

Meyers, M.K.; Gornick, J.C.; Ross, K.E. (1999): Public childcare, parental leave and employment. In: Sainsbury, Diane (Hg.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press: 117-146.

Mincer, J. (1974): *Schooling, experience, and earning*. New York: National Bureau of Economic Research.

Obertreis, G. (1986): *Familienpolitik in der DDR 1945-1980.* Opladen: Leske und Budrich.

OECD (2005): *Labour Statistics-Datenbank*. http://www.oecd.org.

Orloff, A. (1993): Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and welfare states. *American Sociological Review* 58: 303-328.

Ostner, I. (1995): Arm ohne Ehemann? Sozialpolitische Regulierung von Lebenschancen für Frauen im internationalen Vergleich. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 36-37: 3-12.

Pfau-Effinger, B. (1999): Change of family policies in the socio-cultural context of European societies. *Comparative Social Research* 18: 135-159.

Pfau-Effinger, B. (2000): *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa*. Opladen: Leske und Budrich.

Powell, L.M. (2002): Joint labor supply and childcare choice decisions of married mothers. *The Journal of Human Resources* 37 (1): 106-128.

Rengers, M. (2004): Das international vereinbarte Labour-Force-Konzept. *Wirtschaft und Statistik* 12: 1369-1383.

Ribar, D.C. (1992): Child care and the labor supply of married women: Reduced form evidence. *The Journal of Human Resources* 27 (1): 134-165.

Rindfuss, R.R./Brewster, K.L. (1996): Childrearing and fertility. *Population and Development Review* 22 (Supplement): 258-289.

Rosenfeld, R.A./Trappe, H./Gornick, J.C. (2004): Gender and work in Germany: Before and after unification. *Annual Review of Sociology* 30: 103-124.

Sainsbury, Diane (1997): Taxation, family responsibilities, and employment. In: Sainsbury, D. (ed.): *Gender and Welfare State Regimes*. Oxford: Oxford University Press: 185-209.

Schimpl-Neimanns, B. (1998): Analysemöglichkeiten des Mikrozensus. *ZUMA-Nachrichten* 42: 91-122.

Schmidt, S. (2000): Erwerbstätigkeit im Mikrozensus: Konzepte, Definition, Umsetzung. Mannheim: ZUMA. *ZUMA-Arbeitsbericht* 2000/01.

Seidel, B./Teichmann, D./Thiede, S. (1999): Ehegattensplitting nicht mehr zeitgemäß. *DIW-Wochenbericht* 40, Online-Ausgabe. http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/99-40-1.html.

Statistisches Bundesamt (2004a): *Demographische Standards.* Ausgabe 2004. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

Statistisches Bundesamt (2004b): *Sozialleistungen*. Tageseinrichtungen für Kinder am 31.12. 2002. http://www.destatis.de/basis/d/solei/tab_juhilf.htm.

Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit*. Fachserie 1, Reihe 4.1.1: Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 2002. Stuttgart: Metzler Poeschel.

Stier, H./Lewin-Epstein, N./Braun, M. (2001): Welfare regimes, family-supportive policies, and women's employment along the life-course. *American Journal of Sociology* 106: 1731-1760.

Trappe, H. (1995): *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik.* Berlin: Akademie Verlag.

Trappe, H./Rosenfeld, R.A. (2000): How do children matter? A comparison of gender earnings inequality for young adults in the former East Germany and the former West Germany. *Journal of Marriage and the Family* 62 (2): 489-507.

Wirth, H. (1996): Wer heiratet wen? Die Entwicklung der bildungsspezifischen Heiratsmuster in Westdeutschland. *Zeitschrift für Soziologie* 25: 371-394.

Ziefle, A. (2004): Die individuellen Kosten des Erziehungsurlaubs: Eine empirische Analyse der kurz- und längerfristigen Folgen für den Karriereverlauf von Frauen. *Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56 (2): 213-231.

Eingereicht am: 21.09.2005
Akzeptiert am: 08.03.2006

Anschrift der Autorinnen:

Dr. Michaela Kreyenfeld
Esther Geisler, M.A.
Max-Planck-Institut für demografische Forschung
Konrad-Zuse-Straße 1
D18057 Rostock

Email: kreyenfeld@demogr.mpg.de
geisler@demogr.mpg.de.

Anhang

Tabelle A1: Erwerbsquoten 15-64-jähriger Frauen in europäischen Ländern

Jahr	Däne-mark	Schwe-den	Finn-land	Frank-reich	Deutsch-land	Tsche-chien	Ungarn	Italien	Spanien
1991	78,9	80,2	72,7	58,2	61	66,8		46,2	42,1
1992	79,0	78,6	71	59,0	61,3	64,1	57,6	45,7	43,0
1993	78,3	76,7	70	59,4	61,4	64,8	55	42,5	43,9
1994	73,8	75,7	69,4	60,1	61,4	65,1	52,6	42,4	45,3
1995	73,6	75,9	70	60,3	61,5	64,9	50,1	42,8	46,2
1996	74,1	75,8	70,3	61,0	61,9	64,4	49,6	43,5	47,1
1997	75,1	75,0	69,6	61,3	62,5	64,4	48,8	44,1	48,2
1998	75,2	74,2	69,9	62,1	63,1	64,7	50	45,1	48,8
1999	75,8	74,6	71,4	62,7	63,3	64,9	51,3	46,0	49,8
2000	75,9	75,0	72,3	63,3	63,6	64,3	52,2	46,8	51,7
2001	76,0	75,5	72,7	63,6	64,3	64	52	47,8	50,4
2002	75,6	75,6	73,1	64,2	64,6	63,7	52,4	48,4	52,0

Quelle: OECD 2005

Tabelle A2: Erwerbsquoten 15-64-jähriger Frauen in West- und Ostdeutschland[14]

Jahr	Westdeutschland	Ostdeutschland
1991	58,4	77,2
1992	59,5	74,8
1993	59,6	73,3
1994	60,0	73,8
1995	59,9	73,9
1996	59,7	73,4
1997	60,3	73,6
1998	60,5	73,5
1999	61,7	73
2000		
2001	63,2	72,5
2002	63,6	72,6

Quelle: Klammer (2000) und Statistisches Bundesamt (2003)

14 In den Veröffentlichungen der OECD werden die Erwerbsquoten nicht mehr getrennt für Ost- und Westdeutschland ausgewiesen. Das Statistische Bundesamt weist weiterhin Erwerbsquoten nach Ost- und Westdeutschland getrennt aus (siehe Tabelle A3). In den Publikationen des Statistischen Bundesamtes werden die Erwerbsquoten jedoch nicht nach ILO-Kriterien ausgewiesen, da das Kriterium der Verfügbarkeit bei den Erwerbslosen nicht mit berücksichtigt wird, sondern alle Erwerbslosen in die Erwerbsquote mit einberechnet werden. Die Frauenerwerbsquote in den Publikationen des Statistischen Bundesamtes liegt deshalb etwas höher als die ILO-Erwerbsquote (um etwa einen Prozentpunkt). Bei Berechnung der Erwerbsquoten mit dem Scientific-Use-File des Mikrozensus nach dem ILO-Konzept ergeben sich entsprechend Abweichungen von etwa einem Prozentpunkt zu den Berechnungen des Statistischen Bundesamts.

Tabelle A3a: Deskriptive Statistik, Zeilenprozente, Westdeutschland

		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos	Nichtewp.	Insgesamt
Alter	18 bis 25	12%	19%	5%	65%	100%
	26 bis 30	14%	30%	5%	52%	100%
	31 bis 35	16%	39%	4%	41%	100%
	36 bis 45	19%	44%	4%	33%	100%
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	9%	23%	2%	66%	100%
	3 bis unter 6	15%	42%	5%	39%	100%
	6 bis unter 10	19%	47%	5%	29%	100%
	10 bis unter 15	32%	43%	5%	20%	100%
Anzahl Kinder	Ein Kind	24%	38%	5%	34%	100%
	Zwei Kinder	12%	43%	4%	41%	100%
	Drei und mehr Kinder	9%	31%	3%	57%	100%
Nationalität	Deutsch	17%	41%	4%	38%	100%
	Andere	15%	25%	6%	55%	100%
Bildungs-	Kein Abschluss	13%	27%	6%	53%	100%
Abschluss	Berufsabschluss	16%	44%	4%	36%	100%
	Hochschule	25%	39%	4%	33%	100%
Familienstand	Verheiratet	14%	40%	3%	42%	100%
	Ledig	32%	29%	8%	31%	100%
	Geschieden	33%	33%	9%	25%	100%
Gemeindegröße	< 20.000	16%	42%	4%	39%	100%
	20-500.000	17%	38%	5%	41%	100%
	>500.000	21%	32%	5%	42%	100%
Bildung	Ledig	32%	29%	8%	31%	100%
Partner	Gesch.	33%	33%	9%	25%	100%
	Verheiratet					
	-Kein Abschluss	15%	30%	5%	50%	100%
	-Berufsabschluss	13%	44%	3%	41%	100%
	-Hochschule	13%	40%	3%	44%	100%
Fallzahlen		4.203	9.738	1.056	9.986	24.983

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)

Tabelle A3b: Deskriptive Statistik, Zeilenprozente, Ostdeutschland

		Vollzeit	Teilzeit	Erwerbslos	Nichtewp.	Insgesamt
Alter	18 bis 25	30%	6%	19%	45%	100%
	26 bis 30	43%	15%	18%	24%	100%
	31 bis 35	55%	14%	16%	14%	100%
	36 bis 45	57%	14%	17%	12%	100%
Jüngstes Kind	1 bis unter 3	31%	12%	11%	46%	100%
	3 bis unter 6	51%	14%	22%	14%	100%
	6 bis unter 10	57%	16%	19%	8%	100%
	10 bis unter 15	63%	13%	16%	9%	100%
Anzahl Kinder	Ein Kind	57%	12%	15%	15%	100%
	Zwei Kinder	46%	16%	19%	20%	100%
	Drei und mehr Kinder	21%	19%	25%	35%	100%
Nationalität	Deutsch	53%	14%	17%	17%	100%
	Andere	21%	13%	22%	45%	100%
Bildungs-	Kein Abschluss	26%	11%	27%	36%	100%
Abschluss	Berufsabschluss	52%	14%	17%	17%	100%
	Hochschule	67%	15%	7%	11%	100%
Familienstand	Verheiratet	54%	16%	14%	17%	100%
	Ledig	47%	10%	21%	23%	100%
	Gesch.	52%	11%	24%	12%	100%
Gemeindegröße	< 20.000	54%	14%	17%	16%	100%
	20-500.000	50%	13%	18%	19%	100%
	>500.000	51%	16%	11%	23%	100%
Bildung	Ledig	47%	10%	21%	23%	100%
Partner	Geschieden	52%	11%	24%	12%	100%
	Verheiratet					
	– Kein Abschluss	35%	13%	20%	33%	100%
	– Berufsabschluss	55%	16%	15%	15%	100%
	– Hochschule	55%	18%	7%	20%	100%
Fallzahlen		2.326	614	765	796	4.501

Quelle: Scientific Use File des Mikrozensus 2002 (eigene Berechnungen)